

Inhalt der Sitzung vom 27.09.2010

TOP Ö 1

Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Neidig fragte, warum die Warnwesten für die Schulanfänger umgehend nach der Verteilung wieder eingezogen wurden.

BGM Schmitt erklärte, dass ein Reflektorstreifen nicht dem erforderlichen Standard entspricht und die Westen daher getauscht werden müssen. Er sicherte zu, dass bald neue Warnwesten verteilt werden.

Frau Dr. Erichsen fragte nach dem Stand der Verkehrsberuhigung in der Schwetzingen Straße. Sie führte als mögliche Maßnahmen exemplarisch einen Kreislauf an der Kreuzung Schubertstraße/Schwetzingen Str. und Eisenbahnstraße/Schwetzingen Straße, sowie ein LKW-Verbot an der B 535 auf.

BGM Schmitt informierte, dass nach Aussage des zuständigen Regierungspräsidiums eine sehr zeitnahe Herabstufung der Schwetzingen Straße und Eppelheimer Straße nach Inbetriebnahme der B 535 erfolgen soll. Da das Regierungspräsidium in Karlsruhe allerdings noch keinen Termin vorgegeben habe, sei eine konkrete Planung seitens der Gemeinde noch nicht möglich.

Frau Dr. Erichsen fragte weiter, ob man ein Geschwindigkeitsmessgerät an der „Bergabfahrt nach Plankstadt“ anbringen könne.

BGM Schmitt sagte zu, dass man dies beim zuständigen Landratsamt anregen werde.

Auf die weitere Frage, ob am „Zeitberg“ Bänke und Papierkörbe geplant sind, sagte der BGM, dass es keine Planungen dazu gebe. Da das Areal in die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums fällt, werde man dort diese Anregung vorbringen.

Zuletzt fragte Frau Dr. Erichsen, ob man im Voraus Vorsorge für nächstes Jahr treffen werde, dass im Sommer die Bepflanzung auf dem „Zeitberg“ mehr gegossen werde.

Der BGM muss auch hier auf das zuständige RP verweisen, versicherte aber, dass man die Anregungen weitergeben werde.

TOP Ö 2

Sanierung „Ortsmitte II“

1. Wahl des Sanierungsverfahrens

2. Beschluss der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

Am 27.04.2010 wurde die Gemeinde Plankstadt förmlich vom Regierungspräsidium Karlsruhe in das Landessanierungsprogramm aufgenommen. Der Förderrahmen beträgt 833.333,00 €, die gewährte Finanzhilfe 500.000,00 €. Der Bewilligungszeitraum ist bis 31.12.2018 terminiert. Die Abgrenzung des Sanierungsgebietes, die Wahl des Verfahrens und die Dauer der Durchführung erfolgt durch Satzungsbeschluss.

An diesem TOP nahm Sanierungsberater Herr Kessler von der KE teil.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wies BGM Schmitt darauf hin, dass darauf zu achten sei, ob die Räte durch persönliche Betroffenheit oder Verwandtschaft bei diesem TOP befangen sind. Es gelten die Ausführungen des §18 Gemeindeordnung.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, er halte sich bei Nr. 2 befangen, ihm leuchte aber eine Befangenheit zu Nr. 1 nicht ein. Dies solle durch das Kommunalrechtsamt überprüft werden, da sonst keine Mitgestaltung bei für die Gemeinde wichtigen Themen wie „Adlerareal, Wasserturm und Rathaussanierung“ möglich ist.

Wegen Befangenheit verließen die GRe Breitenbücher, Dr. Verclas, Waldecker, Prof. Dr. Dr. Mende und Hohl den Ratstisch.

GR Horst Kolb (PL) sagte, dass diese Maßnahme in zahlreichen Sitzungen gut vorbereitet wurde und gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Udo Weis (CDU) erachtete die Maßnahme ebenfalls als sehr gut vorbereitet und hoffte auf einen Start in eine attraktive Ortsmitte. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) sprach von einem Großprojekt und wies auf die prekäre Finanzlage der Gemeinde hin. Man müsse mit dem wenigen zur Verfügung stehenden Geld das bestmögliche Ergebnis erreichen. Auf ihre Frage nach dem Sanierungsausschuss verwies der BGM in den NÖT. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach sich für Modernisierung und Sanierung hauptsächlich im öffentlichen Raum aus und forderte, die Bevölkerung z.B. mit einer Bürgerversammlung direkt mit einzubeziehen, damit eine Identifikation mit der Maßnahme erreicht werde. Die GLP erachte die Bildung eines Sanierungsausschusses als wichtig. Sie gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP Ö 3

Sanierung „Ortsmitte II“

- Richtlinien zur Förderung privater Maßnahmen

Die Städtebauförderrichtlinien regeln den Einsatz und die Verwendung von Fördermitteln, auch für Maßnahmen auf privaten Grundstücken. Die Gemeinde muss unter Beachtung der Sanierungsziele und des bewilligten Fördervolumens, sowie des verfügbaren Zeitraumes entscheiden, wofür und in welcher Größenordnung sie die vorhandenen Mittel einsetzt. Wichtig ist ein zielgerichteter Einsatz mit dem Schwerpunkt auf der Beseitigung städte-baulicher Mängel und Missstände.

An diesem TOP nahm Sanierungsberater Herr Kessler von der KE teil.

Die bereits unter TOP 2 befangenen GRe Breitenbücher, Dr. Verclas, Waldecker, Prof. Dr. Dr. Mende und Hohl waren auch zu diesem TOP befangenen und nicht am Ratstisch vertreten.

GR Horst Kolb (PL) betonte, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung in Verbindung setzen sollen, um gut beraten zu werden. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Udo Weis (CDU) bedankte sich bei der KE. Die Richtlinien seien umfangreich und ausgewogen. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass der Erfolg des Projekts mit der Beteiligung der Eigentümer und der Beratung und Begleitung durch Herrn Kessler stehe und falle. Die privaten Eigentümer werden profitieren. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass eine weitergehende Förderung wünschenswert gewesen wäre, aber Bund und Land Gelder wohl eher in die Sanierung insolventer Banken und Firmen fließen lassen. Sie gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP Ö 4

Bebauungsplan „Siedlung“ – 3. Änderung im Teilbereich „Im Hebelgarten“

- Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 26.07.2010 die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Siedlung“ im Teilbereich „Im Hebelgarten“ im vereinfachten Verfahren beschlossen. Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Siedlung“ werden inhaltlich nicht berührt. Die erforderliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung erfolgte vom 09.08.2010 – 03.09.2010.

Zu diesem TOP war Frau Schnurpfeil von Fa. Bauland anwesend.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass die Reduzierung der baulichen Dichte genauso wie die Bepflanzung mit heimischen Gehölzen zu begrüßen ist. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass in dem von Bauland geplanten Gebiet LKW's nicht um die Kurve kommen. Er vermutete, dass die Straßen zu eng geplant wurden und gab zu bedenken, dass die Müllfahrzeuge erhebliche Probleme bekommen würden. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Grundstücke wohl maximal ausgenutzt werden sollten. Er forderte eine umfassende Beratung der Anwohner hinsichtlich des Nachbarschaftsrechts und sprach sich dafür aus, dass Birken wegen des Wuchses nicht zu nahe an die Häuser gepflanzt werden dürfen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) nahm Bezug auf den Briefwechsel mit dem Baurechtsamt und erkundigte sich nach Antwort auf den Einspruch. Er sagte, dass es sehr eng in dem Baugebiet zugehe und dass zu große Verdichtung herrsche. Da die GLP auch den Bebauungsplan abgelehnt habe, gab er auch die Ablehnung der GLP zu diesem TOP.

Frau Schnurpfeil (Bauland) sagte, sie habe nur die Bauleitplanung gemacht und könne daher manches nicht beantworten. Sie verwies auf die bei der Bauleitplanung berücksichtigten Schleppkurven, so dass das Durchkommen von Müllfahrzeugen unproblematisch sein müsse.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) bekräftigte die Ausführungen von GR Berger. Dies erachte sie vor allem auch wegen der Zufahrt von Feuerwehrfahrzeugen als wichtig.

Frau Schnurpfeil (Bauland) verwies auf die Schleppkurven, Feuerwehrfahrzeuge seien deutlich kleiner und müssten normal durch passen. Bgm Schmitt sagte eine praktische Prüfung vor Ort zu. Es gehe hier nicht um theoretische Möglichkeiten, sondern um die praktische Umsetzung vor Ort. Dazu könne es möglicherweise notwendig sein, das Parken im Bereich dieser „Schleppkurven“ zu verbieten, um die Zufahrt von LKW's zu ermöglichen.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

17 Ja-Stimmen PL (7), CDU (6), SPD (3) und die Stimme des Bürgermeisters

2 Nein-Stimmen GLP (2)

TOP Ö 5

Beschaffung eines LKW's mit Ladekran für den Bauhof

- Auftragsvergabe

Für den Transport von Material und Personen ist seit 1993 im Bauhof ein LKW Marke MAN im Einsatz. Mittlerweile ist der Unterhaltungs- und Reparaturaufwand entsprechend der Laufleistung hoch. Anlässlich der Vorberatungen zum Haushaltsplan 2010 wurde eine Ersatzbeschaffung angekündigt und der Haushaltsansatz erhöht. Zusätzlich

wurde ein Haushaltsrest übertragen und mit Sperrvermerk versehen.

Zur Durchführung von Tiefbauarbeiten wurde im Jahre 1995 ein gebrauchter Mobilbagger angeschafft. Die Auslastung dieses in die Jahre gekommenen Arbeitsgeräts ist über die letzten drei Jahre stetig gesunken. Als Ersatz für diese Fahrzeuge empfiehlt sich die Beschaffung eines LKW mit Ladekran, mit dem sichergestellt wird, dass der Bauhof auch weiterhin Erdarbeiten im notwendigen Umfang ausführen kann.

Der zu diesem TOP eingeladenen Bauhofvorarbeiter Haaf war nicht anwesend.

GR Horst Kolb (PL) sagte, dass die PL davon ausgehe, dass die Verwaltung die Beschaffung eines LKWs mit Ladekran wohl überlegt habe und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) erkundigte sich, welche Bauhofmitarbeiter diesen LKW dann fahren können und dürfen. Er erkundigte sich, ob es Erfahrung mit der Bedienung eines derartigen Kranes gebe, was verneint wurde und empfahl einen festen Fahrer mit Stellvertreter festzulegen. Er gab die Zustimmung der CDU.

BGM Schmitt antwortete, dass nach seiner Kenntnis die Herren Haaf, Bender, Krumbiegel, Mack und Heiss berechtigt sind, ein derartiges Fahrzeug zu führen und führte weiter aus, dass man einen festen Fahrer festlegen wird, doch aus Vertretungsgründen 3 Fahrer einweisen wird.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man seitens der SPD davon ausgehe, dass diese Anschaffung gut überlegt wurde. Er erkundigte sich nach der Auslastung des Baggers in den letzten 2 Jahren.

BAL Boxheimer gab die durchschnittliche Auslastung bekannt und sagte, dass der Bagger in den vergangenen Jahren deutlich weniger als früher ausgelastet war.

Mende gab die Zustimmung der SPD und wies auf das LF 16 der Feuerwehr aus dem Jahre 1983 hin, wo künftig auch Kosten zu berücksichtigen seien.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, was von der unter dieser Haushaltsstelle aufgeführten Summe außer dem Pritschenwagen noch alles gekauft wurde? Sie erkundigte sich weiter, ob Greifer und Bohrgeräte bei der Neuanschaffung dabei sind, was bejaht wurde. Sie äußerte die Vermutung, dass weitere Bauhofleistungen fremd vergeben werden sollten und man künftig eine „schnelle Eingreiftruppe“ plane.

BGM Schmitt bekannte sich zum Bauhof, der auch weiterhin gebraucht wird. Diese Vermutung sei nicht zutreffend, zudem habe diese Anschaffung mit Outsourcing nichts zu tun. Er informierte weiter, dass unter dieser Haushaltsstelle diverse kleinere Anschaffungen getätigt wurden.

Schüller gab die Enthaltung der GLP bekannt.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

17 Ja-Stimmen PL (7), CDU (6), SPD (3) und die Stimme des Bürgermeisters

2 Enthaltungen GLP (2)

TOP 6

Feststellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2009 und die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2009

Die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2009 und die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2009 sind durch den Gemeinderat als Hauptorgan der Gemeinde festzustellen.

Bgm Schmitt ergänzte zum Sachverhalt, dass der wieder deutlich angestiegene Wasserverlust der Verwaltung unverständlich sei und er bereits eine Überprüfung des Wassernetzes auf Wasserverluste intern angewiesen habe.

GR Andreas Berger (CDU) sprach den hohen Wasserverlust an und vergewisserte sich, dass die Beregner am

Sportplatz das Wasser aus dem Brunnen bei der TSG Eintracht holen.

BAL Boxheimer bejahte dies, weshalb dies nicht ursächlich sein kann, da dadurch ja gerade kein Trinkwasser entnommen werde.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, die Entnahme aus der Rücklage sei ein deutliches Zeichen, dass man sparen müsse. Die Ursache des hohen Wasserverlustes müsse geprüft werden. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass die ein oder andere Aktion oder Anschaffung dem Rat hätte kommuniziert werden sollen, auch wenn sie in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fiel und kein Muss dafür bestehe. Sie sah die kommenden Jahre als noch schwieriger werden, denn das Tal der knappen Finanzen sei noch nicht durchschritten. Der Haushalt sei wie in den letzten Jahren durch die Veräußerung von gemeindeeigenen Grundstücken finanziert. Davon müsse man wegkommen. Auch sie forderte auf, die hohen Wasserverluste zu überprüfen.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass große Kosten bei geringeren Finanzzuweisungen bei den Kommunen verblieben. Die Erläuterungen in der Vorlage hätten weniger umfangreich ausfallen sollen, eine Ausschusssitzung im Vorfeld wäre sinnvoll gewesen. Ein funktionsfähiger Bauhof sei zu erhalten. Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 300.000 € seien zu hoch.

BGM Schmitt verwies auf die Erläuterungen auf S. 12 und 13 der Vorlage und erinnerte, dass es früher auch keine Ausschusssitzungen vor diesem Beschluss gab.

Prof. Dr. Dr. Mende lehnte die Feststellung der Jahresrechnung 2009 ab und gab die Zustimmung zur Werksrechnung 2009 der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) wies auf einen Schreibfehler in der Vorlage hin, der die Amtszeit des Gemeinderats falsch wiedergibt. Er fragte, warum keine eigene EDV-Anlage für das Grundbuchamt angeschafft wurde und ob der Handwerker- und Gewerbeverein an der Weihnachtsbeleuchtung beteiligt sei, was vom BGM gleich verneint wurde. Eine neue EDV-Anlage war nicht erforderlich, da die Ausstattung des Grundbuchamts noch zeitgemäß ist. Lediglich die Software war zu aktualisieren.

Hohl sagte, dass das Ergebnis im Wesentlichen im Rahmen des Haushaltsplans 2009 liegt. Die Verschuldung pro Einwohner ist angestiegen. Die Verwaltung habe eine Erhöhung des Wasserpreises zum 01.01.2012 angedacht, wobei hier der derzeit rückläufige Wasserverbrauch ins Auge falle. Er stellte den Antrag auf eine getrennte Abstimmung und gab die Zustimmung der GLP zur Jahresrechnung 2009 und lehnte die Werksrechnung 2009 ab.

Jahresrechnung 2009 mehrheitlich angenommen mit 16 Ja-Stimmen von PL (7), CDU (6), GLP (2) und BGM, bei 3 Gegenstimmen der SPD.

Werksrechnung 2009 mehrheitlich angenommen mit 17 Ja-Stimmen von PL (7), CDU (6), SPD (3) und BGM, bei 2 Gegenstimmen der GLP.

TOP 7

Einbringung Haushaltsplanentwurf 2011 und Wirtschaftsplanentwurf 2011 (jeweils mit Finanzplanung)

Der Haushalt 2011 kann durch eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,4 Mio € und einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von ca. 3,8 Mio € ausgeglichen werden. Die Rücklage wird bis zur Mindestrücklage entnommen. Dennoch fehlen in den Jahren 2012 – 2014 ca. 8,3 Mio €, die durch Grundstückserlöse finanziert werden müssten.

Bei der Gemeindewasserversorgung sind in den kommenden vier Jahren Kreditaufnahmen von rund 1,3 Mio. € vorgesehen.

BGM Schmitt wies auf das bestehende strukturelle Haushaltsdefizit von jährlich rd. 2 Mio. Euro hin, die immer wieder durch Grundstücksverkäufe gedeckt wurden. Dringend notwendig seien zusätzliche Gewerbesteuerzahler und auch Einwohner, welche zu höheren Finanzzuweisungen führen. Sparen allein werde nicht helfen, da die wenigen Posten mit insgesamt relativ niedrigen Ansätzen, die für die Gemeinde beeinflussbar sind, gerade die Attraktivität einer Gemeinde ausmache.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte für die PL, dass hier noch Gesprächsbedarf bestehe und forderte für die PL den Verweis gemäß Vorlage.

GR Jutta Schuster (CDU) forderte ebenfalls den Verweis gemäß Vorlage.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) forderte für die SPD ebenfalls den Verweis gemäß Vorlage.

GR Sigrid Schüller (GLP) erkundigte sich, ob in der Vorlage auch alte Beschlüsse eingearbeitet sind.

Der Haushaltsplanentwurf/Wirtschaftsplanentwurf 2011 wurde zur weiteren Beratung an eine nichtöffentliche Klausursitzung am 11.10.2010 verwiesen.

TOP 8

Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Kinderkrippe

Die Bedarfsplanung zur Kinderbetreuung in der Gemeinde Plankstadt für das Kindergartenjahr 2010/2011 belegt einen Bedarf zur Errichtung einer Kinderkrippe. Um neben den bereits vorhandenen Betreuungsangeboten die Kleinkindbetreuung in Plankstadt weiter auszubauen und als Grundvoraussetzung der Einrichtung einer provisorischen Kinderkrippengruppe im Gebäude Schwetzing Str. 37 ist ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats erforderlich.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) betonte die Notwendigkeit einer Kinderkrippe. Der Bedarf in der Gemeinde sei sehr groß und das von der Verwaltung vorgegebene Zeitfenster sei die Toleranzgrenze, man dürfe nicht länger warten. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass die CDU-Fraktion seit jeher eine kurzfristige und mittelfristige Lösung zur Kleinkindbetreuung in Plankstadt gefordert hat. Sie forderte eine Prüfung bei den potentiellen Betreibern, insbesondere sei zu erfragen, ob die kath. Kirche gewillt ist, die Gruppe zu betreiben. Sie forderte weiter, einen Pool für Tagesmütter für eine Kinderbetreuung dieser Art. Zuletzt sagte sie, dass die Kleinkindbetreuung nicht zu Lasten des Seniorentreffs gehen könne. Hier sei eine Ersatzmaßnahme angezeigt. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) betonte die Bedeutung einer Kleinkindbetreuung für die SPD-Fraktion, die aber nicht zu Lasten des Seniorentreffs gehen dürfe. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach sich ebenfalls für einen schnellen Start der Kleinkindbetreuung aus, äußerte allerdings Bedenken zu der Geeignetheit der Räumlichkeiten Schwetzing Str. 37. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Horst Kolb (PL) bat im Hinblick auf die lange Tagesordnung Fragen, die mit der Verwaltung geklärt werden können, auch im Vorfeld der Sitzung mit dieser zu besprechen und damit nicht die Aussprache unnötig zu verlängern.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) informierte sich, dass Postillion e.V. als potentieller Betreiber eine derartige Einrichtung bauen, finanzieren und betreiben würde. Sie gab zu Bedenken, dass vielerorts Tagesmütter in die Insolvenz geraten sind.

Der Gemeinderat stimmt den außerplanmäßigen Ausgaben bei der Finanzposition 1.4640.500000 bis zur Höhe von max. 15 T€ zu; Deckung erfolgt aus der allgemeinen Rücklage.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 9

Flurbereinigung Schwetzingen (B 535)

- Fortschreibung des Wege- und Gewässerplans

- Übernahme von gemeinschaftlichen Anlagen

Mit Schreiben vom 21.07.2010 teilte das Amt für Flurneuordnung mit, dass der am 06.03.1985 genehmigte Wege- und gewässerplan mit landschaftspflegerischen Begleitplan des aufgeteilten Flurneuordnungsverfahrens Schwetzingen-Autobahn für das Verfahren Schwetzingen (B535) übernommen wird. Nach Abschluss des Verfahrens gehen die Wege Nr. 3362 und 3381 als gemeinschaftliche Anlagen nach Abnahme in die Straßenbaulast der Gemeinde über.

GR Horst Kolb (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Ablehnung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

17 Ja-Stimmen PL (7), CDU (6), SPD (3) und die Stimme des Bürgermeisters

2 Nein-Stimmen GLP (2)

TOP 10

Vermessungsarbeiten im Rahmen der Kanalzustandserfassung

- Auftragsvergabe

In der Gemeinderatssitzung am 26.07.2010 hat das Ratsgremium dem Beginn der Kanalzustandserfassung in diesem Jahr zugestimmt. Aus wirtschaftlichen Gründen ist der Auftrag über die Vermessung der Schächte dem Vermessungsbüro Rausch zu übertragen, und die Zustandserfassung in die Gesamtausschreibung des Leitungsnetzes zu integrieren. Die Vermessungskosten liegen bei 650 vorhandenen Schächten bei 24.752,00 € incl. MwSt.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) erkundigte sich nach der genauen Zahl der Schächte und gab die Zustimmung der PL.

BAL Boxheimer teilte mit, dass es sich um 650 Schächte handelt.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 11

Überplanmäßige Ausgaben beim Gebäudeunterhalt der Gemeindewohnhäuser

Voraussichtlich werden die im Haushaltsjahr bereitgestellten Mittel für die Gebäudeunterhaltung nicht ausreichen, während im Gegenzug der Ansatz im Vermögenshaushalt unterschritten wird.

Durch die vorgesehenen Mehrausgaben kommt es im Verwaltungshaushalt zu überplanmäßigen Ausgaben, die notwendigen Deckungsmittel können durch Einsparungen für den gebäudeunterhalt im Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden. Der insgesamt bereitgestellte Betrag wird damit nicht überschritten.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Sollten diese Einsparungen beim Jahresabschluss nicht vorhanden sein, dann erfolgt eine Entnahme aus der Rücklage in gleicher Höhe.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 12

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe, Häckselplatz

Bei der entsprechenden Finanzposition wurden im Haushalt für den häckselplatz 25.000,00 € eingestellt. Die bisherigen Kosten im laufenden Jahr betragen bereits 32.369,96 €. Der Ansatz sollte daher auf 35.000,00 € erhöht werden.

GR Horst Kolb (PL) gab die Zustimmung der PL, betonte aber, dass es hier einen bitteren Beigeschmack gebe, weil man nicht weiß, wie viel mehr gehäckselt wurde. Man sollte sich hier über ein anderes Konzept unterhalten.

GR Karl Schleich (CDU) sah die Angelegenheit genauso und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Andreas Berger (CDU) fragte, ob Gewerbetreibende auch anliefern dürfen und die gleiche Gebühr wie Private zu entrichten haben. Dies sei derzeit Praxis.

BGM Schmitt sagte, dass Gewerbetreibende nicht anliefern dürfen und vor allem nicht zu den Konditionen von Privaten. Er sicherte eine Überprüfung zu.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 13

Besichtigung des Betonbodens im Lehrschwimmbecken

-Auftragsvergabe

Im Rahmen der jährlichen Revisionsarbeiten in der Schwimmhalle wurde erkennbar, dass der gesamte Unterbau in großen Teilen durchnässt war. Als Folge mussten der Fliesenbodenbelag und der zerstörte Estrich entfernt werden. Die von dem Ingenieurbüro Kurzmann empfohlene Reparaturmaßnahme einer Beschichtung mit kunststoffvergüteten Produkten hat einen Kostenpunkt von 30.250,51 €. Im Haushaltsplan sind noch c. 30.000 € zur Verfügung. Die Finanzierung der Instandsetzungsmaßnahme und die Aufrechterhaltung des diesjährigen Badebetriebs sind nur durch die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel möglich. Es ist mit einem zusätzlichen Finanzbedarf in Höhe von 15.000 € zu rechnen.

BGM Schmitt sagte, dass als Alternative für das Schulschwimmen das Bellamarbad in Schwetzingen zur Verfügung stünde. Man müsse berücksichtigen, dass es aufgrund des maroden Zustandes des Schwimmbads nicht absehbar ist, was zukünftig an Kosten für die Gemeinde anfallen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass die PL sich immer für den Erhalt des Schwimmbads eingesetzt hat. Hier besteht die Möglichkeit für Schwimmunterricht für die Schülerinnen und Schüler. Sie fragte nach, warum bei dem vorliegenden Angebot die Gewährleistung eingeschränkt ist.

BAL Boxheimer informierte, dass dies aufgrund des Alters des Schwimmbades normal sei. Es gäbe keinen Anbieter, der hier eine Vollgewährleistung trage. Sie gab die Zustimmung der PL zur Vorlage und forderte die Gewährleistung nochmals anzusprechen. Außerdem solle die Verwaltung ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung des Schwimmbades ausarbeiten.

GR Karl Schleich (CDU) gab aufgrund der angesprochenen Tatsachen „schweren Herzens“ die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man bald mit dem Ingenieurbüro Kurzmann zur Diskussion in Kontakt treten solle und gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass es sich hier um eine Investition in die Aufrechterhaltung des Schwimmbetriebes handle und man sich letztlich überlegen müsse, ob es ein Bekenntnis wird zum Schwimmbad oder nicht.

Bgm Schmitt erläuterte, dass er das Schwimmbad nach dem Straßenfestlauf ausgiebig in Augenschein genommen habe. Dabei sei ihm aufgefallen, dass das Bad in allen Bereichen stark sanierungsbedürftig sei. Vor diesem Hintergrund könne er angesichts der finanziellen Situation der Gemeinde, welche eine generelle Sanierung des Schwimmbades aus seiner Sicht nicht möglich mache, der aktuellen Maßnahme angesichts der Höhe der Kosten nicht zustimmen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 14

Bauantrag zur Errichtung einer Dachgaube auf dem Grundstück Flst.nr. 3752, Am Ungersgarten 20

Das Vorhaben liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ohne Bebauungsplan. Beantragt wird die Errichtung einer ca. 7,50 m breiten Schleppdachgaube. Ähnliche Gauben sind in der näheren Umgebung vorhanden.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 15

Bauantrag zur Errichtung einer Gartenhütte und eines Immissionsschutzzaunes auf dem Grundstück Flst.Nr. 1455/21, Hebelstr. 15

Beantragt wird die Errichtung einer Gartenhütte und eines Immissionsschutzzaunes auf dem Grundstück Hebelstr. 15. Unter Berücksichtigung der besonderen Grundstückssituation und der angrenzenden Stellplätze sieht die Verwaltung die Voraussetzung zur Erteilung einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Siedlung“ als gegeben an.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 16

Antrag auf Befreiung von der festgesetzten Bauweise auf den Grundstücken Flst.-Nrn. 4982 + 4983, Bgm.-Werner-Weick-str. 63 + 65

In der März-Sitzung hat der Gemeinderat das Einvernehmen zur abweichenden Bauweise auf den beiden östlich angrenzenden Baugrundstücken erteilt. Der Antragsteller interessiert sich für den Erwerb beider Grundstücke von der Gemeinde, sofern auch auf diesen ein Einzelhaus errichtet werden könnte.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl gab die Ablehnung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

TOP 17

Neubau eines Dreifamilien-Wohnhauses auf den Grundstücken Flst. Nrn. 4970 + 4971, Bgm.-Werner-Weick-Str. 37 + 38

- Antrag auf Befreiung von der festgesetzten Bauweise und der Lage von Stellplätzen

Die Bauherren beantragen die Errichtung eines Einzelhauses mit 3 Wohneinheiten. Der Bebauungsplan sieht in der betreffenden Stichstraße nur für diese beiden Grundstücke die Doppelhausbebauung vor. Die beiden Stellplätze außerhalb der geplanten Doppelgarage sollten allerdings nicht wie geplant hintereinander, sondern nebeneinander angeordnet werden. Damit wird die Überschreitung des zulässigen Bereiches nur noch geringfügig.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass die Stellplätze nebeneinander liegen sollen und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl gab die Ablehnung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

TOP 18

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 26.07.2010 gefassten Beschlüsse

TOP NÖ 1

Besetzung der Schulleiterstelle an der Friedrich-Grundschule; Mitwirkung nach § 40 Abs. 1-4 Schulgesetz

Der Gemeinderat stimmte dem Besetzungsvorschlag einstimmig zu.

TOP NÖ 2

Zustimmung zur Kündigung eines Pachtverhältnisses bei entsprechenden Pachtrückständen

Mehrheitlich angenommen.

TOP NÖ 3

Verlängerung der Laufzeit des Vertrags mit dem Tennisclub und Eintragung einer Dienstbarkeit

Einstimmig abgelehnt.

TOP NÖ 4

Fertigstellung der Fahrbahn im Gewerbering; Auftragsvergabe

Mehrheitlich angenommen.

TOP 19

Verschiedenes; bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat

BGM Schmitt informierte zu folgenden Angelegenheiten:

Ab dem Winterfahrplan wird die Bushaltestelle in der Eppelheimer Straße auf Höhe der Fa. Auto-Engelhardt in den Busfahrplan aufgenommen. Die notwendigen baulichen Maßnahmen sind bereits abgeschlossen.

Anfragen aus dem Gemeinderat:

GR Andreas Berger (CDU) erinnerte an die Auftragsvergabe an die Fa. Grimmig in der letzten GR-Sitzung. Er kritisierte die Arbeitsleistung, denn die Fa. Grimmig habe einen „Flickenteppich“ hinterlassen.

BAL Boxheimer sagte, dass die Arbeiten noch nicht fertig und daher auch noch nicht abgenommen seien.

GR Dr. Udo Weis (CDU) fragte, wie es mit der Bepflanzung in der Handschuhheimer Straße weitergehen solle.

BGM Schmitt sagte, dass es hierzu in einer kommenden Sitzung einen eigenen TOP geben wird.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass dem GR wie gewünscht der Vertrag über die Abgabe der Entgelt- und Bezügeabrechnung vorgelegt wurde. Er fragte, ob seitens der Kämmerei die kostenmäßigen Vorteile berechnet wurden?

Bürgermeister Schmitt listete nochmals die Vorteile dieser Vergabe, die unter anderem der knappen personellen Situation geschuldet ist. Insgesamt spare die Gemeinde unter dem Strich jährlich über 6000 Euro ein.

Hohl fragte weiter, wann sich die Interessenten für das Café 2000 dem Gemeinderat vorstellen. Der BGM informierte, dass damit noch in diesem Jahr zu rechnen sei.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Fa. Grimmig schlecht markiert habe. Er fragte nach dem Stand der Widerspruchsaktion gegen Google-Street-View.

BGM Schmitt teilte hier mit, dass die Weitergabe der Widerspruchsliste bereits erfolgt ist.

Prof. Dr. Dr. Mende sagte, dass er in einem TV-Bericht gesehen habe, dass Stromleitmasten früher mit Bleifarbe gestrichen wurden, was zu einer Verseuchung des umliegenden Erdreiches führen könne.

BGM Schmitt sagte, dass man seitens der Verwaltung mit der EnBW in Kontakt treten werde.

GR Jutta Schuster (CDU) fragte nach, ob es in letzter Zeit einen Bauantrag von der Fa. Schleich gegeben habe.

BAL Boxheimer sagte, dass es keinen Bauantrag, aber einen Antrag auf andere Nutzungszeiten gegeben habe.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass auf der Strecke vom Hasenpfad raus zum Grenzhof ein schiefer Baumstumpf stehe, der eine Gefahrenquelle darstelle.